
kalter Krieg: besetztes Deutschland in der Nachkriegszeit

1. Nachkriegszeit im besetzten Deutschland 1945-49

Die Entwicklung in der SBZ und den Westzonen verlief höchst unterschiedlich. Die Ursachen lagen in den divergierenden Ansichten und Interessen der Besatzungsmächte in folgenden Bereichen:

- Pläne & Ziele für die eigene Besatzungszone
 - FR: Verhinderung eines starken, einheitlichen Deutschlands
Internationale Kontrolle des Ruhrgebiets
 - USA/GB: Pufferzone gegen Kommunismus
marktwirtschaftliche Stabilisierung → eigene Kosten gering halten
mittelfristig politische Souveränität
 - UdSSR: kommunistisches System
Planwirtschaft
Demontage und Reparationsleistung ⇒ auch aus den Westzonen (Ruhrgebiet)
- wirtschaftliche Entwicklung
 - SBZ¹: Kommunismus → Volkseigentum → Verstaatlichung (Wohnreform) = Planwirtschaft (staatlich gelenkt)
 - Westzone: freie Marktwirtschaft
- Demokratieverständnis
 - SBZ: Idee der Volksdemokratie
Einheitsliste der Wahlen
antifaschistische Einheitsfront der Parteien
 - Westzone: „freiheitliche Demokratie“
Parteien
freie Wahlen

Ergebnis Auseinanderdriften der gesellschaftlichen und politischen Systeme in der SBZ und Westzone

→ 47/48 Beginn der Staatsgründung auf beiden Seiten

- 8. Mai 49: Verabschiedung des Grundgesetzes der BRD
- 2. Oktober 49: Proklamation der DDR

¹sowjetisch besetzte Zone

1.1. Bedeutung der Blockzugehörigkeit und ideologischen Differenz für das Selbstverständnis beider Staaten

(Siehe S. 459-460)

- Unterschied der Weltanschauung legitimierte eigene staatliche Identität
 - ansonsten gäbe es keine Grund für zwei Staaten, statt einem
- unterschiedliche Sozialisationsbedingungen bildeten sich
- laut westlichen Werten, galt die DDR als Diktatur mit „Unfreiheiten“

1.2. Informationen zur BRD

1.2.1. verfassungsmäßige Grundlagen und politisches System

- das Grundgesetz ist für die Absicherung der Verfassungsordnung zuständig
 - wurde am 08.05.1949 verabschiedet
 - Zuständig für:
 - Absicherung gegen verfassungsfeindliche Bestrebungen
 - Stabilität der Regierungen
 - Änderungen gegenüber der Weimarer Verfassung:
 - parlamentarisch statt präsidial (Präsident hat weniger Macht)
 - kein Artikel 48 (weniger Notverordnungen für Präsidenten)
 - Verfassungsgericht zur Kontrolle, ob die Verfassung eingehalten wird
 - Konstruktives Misstrauensvotum
 - Menschen- und Bürgerrechte, welche nicht wesensfremd eingeschränkt werden dürfen (aber erweitert)
- Parteien
 - Ziele müssen Verfassungsordnung entsprechen
 - System aus CDU/CSU, SPD, FDP und später den Grünen entstand
 - Mehrparteiensystem
- Wahl
 - Alle deutschen Bürger dürfen ab 18 Jahren wählen
 - findet alle vier Jahre statt
 - allgemeines, freies, gleiches und geheimes Wahlrecht
- Gewaltenteilung
 - Legislative
 - Exekutive
 - Judikative
- Staatsaufbau
 - Föderalstaat²
 - Bundesländer haben eigene Legislatur in einigen Bereichen
 - Bundesländer stellen Mitglieder des Bundesrats
- Gesamt handelt es sich um eine „parlamentarische Demokratie“ und einem „demokratischen Pluralismus“

1.2.2. Grundlagen zentraler Elemente der Wirtschaftsordnung

- „Soziale Marktwirtschaft“

²z.B. Frankreich ist das Gegenteil, zentralistisch

- Verbindung des Prinzips der Freiheit des Marktes mit sozialen Ausgleich
- Koordination von Nachfrage und Angebot → freier Markt
 - effektive Ausrichtung an Bedürfnisse der Menschen
 - Eingriff des Staates bei sozial unerwünschten/ungerechten Ergebnissen
- Mischsystem zwischen „freier Marktwirtschaft“ und „Zentralverwaltungswirtschaft“

1.2.3. **wesentliche Stationen der Integration**

Film bezüglich dessen, ist in der Medienmediathek zu finden.

- Ost-West-Konflikt
- Besatzungstatut von 1949 (eingeschränkte Souveränität)
 - Souveränität sollte durch enge Bindung an Westmächte erreicht werden (Konrad Adenauer)
- Chronologische Ereignisse
 1. Aufnahme in den Europarat (1951) → Krieg mit Deutschland ist beendet
 2. „Montanunion“ (1952) → europäische Wirtschaftsintegration
 3. Beschluss zur Wiederaufrüstung (1954)
 4. Aufnahme in die NATO und die WEU (1955)
 5. Abschluss der Westintegration durch „Pariser Verträge“ (1955) → Status eines souveränen Staates
 6. Mitgliedschaft und Gründung der EWG³ (1957)

³Europäische-Wirtschafts-Gemeinschaft